

II-4029 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 20061J

1986 -04- 0 4

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Michael Graff, Dr. Paulitsch
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Streichung von Budgetmitteln für den Anschluß von
Rechtsanwälten und Notaren an das automatisierte
Grundbuch

Im Zuge der Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses vom 19. November 1985 über den Bundesvoranschlag 1986 ergab sich, daß von seiten des Bundesministeriums für Finanzen ein Budgetansatz, der für den weiteren Ausbau der Grundbuchumstellung vorgesehen war, gestrichen wurde.

Wie der Bundesminister für Justiz in Beantwortung einer Anfrage der Abgeordneten Dr. Michael Graff und Kollegen (1819/J-NR/1986) ausführte, obliegt die Schaffung der Fremdanschlüsse, also der technischen Voraussetzungen für die Erteilung der Befugnis zur Grundbuchsabfrage - insbesondere bei Rechtsanwälten und Notaren - dem Bundesminister für Bauten und Technik. Dieser bediene sich zur Führung der Grundstücksdatenbank jedoch keines eigenen Rechenzentrums, sondern unter Berufung auf § 2 Abs 3 BRechenamtsG der Einrichtung des Bundesrechenamtes, das zum Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen gehört. Die für die Schaffung von Fremdanschläüssen erforderlichen Investitionen belasten daher das Budget des Bundesministeriums für Finanzen unmittelbar.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

- 2 -

A n f r a g e

1. Welche Budgetmittel waren im Finanzjahr 1985 für die Errichtung von Fremdanschlüssen an das Grundbuch - insbesondere für Rechtsanwälte und Notare - vorgesehen?
2. Wie hoch sind die dafür vorgesehenen Budgetmittel für das Jahr 1986?
3. Unter welchem Ansatz (unter welcher Post) scheinen diese Budgetmittel auf?
4. Ist es richtig, daß im Zuge der Beratungen für den Budgetvoranschlag 1986 in dieser Budgetpost Streichungen vorgenommen wurden; wenn ja, in welcher Höhe?
5. Welche Erwägungen waren dafür bestimmend, Streichungen gerade im Bereich der Fremdanschlüsse vorzunehmen?
6. Welche Alternativen hätten bestanden, um Streichungen im Bereich der Fremdanschlüsse zu vermeiden?
7. Weshalb wurden diese Alternativen von Ihnen nicht wahrgenommen?
8. Welche Maßnahmen fassen Sie ins Auge, um zu verhindern, daß die mit der Grundbuchsumstellung verbundenen positiven Auswirkungen für die Bürger und ihre rechtsfreundlichen Vertreter durch die Einschränkung des direkten Zugriffs zum Grundbuch im Wege von Fremdanschlüssen beeinträchtigt werden?
9. Welche Budgetmittel sind nach Ihrer Schätzung erforderlich, um die Möglichkeit des Zugriffs von Rechtsanwälten und Notaren zum Grundbuch voll zu verwirklichen?
10. In welchem Zeitabschnitt beabsichtigen Sie die Mittel für die Verwirklichung der Fremdanschlüssen aufzubringen?